

Antwort

der Bundesregierung

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Ulla Jelpke, Heidrun Dittrich,
Nicole Gohlke, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE.
– Drucksache 17/11069 –**

Die Partei DIE RECHTE

Vorbemerkung der Fragesteller

Am 27. Mai 2012 fand der Gründungsparteitag der Partei DIE RECHTE in Hamburg statt. Bundesvorsitzender der Partei wurde Christian Worch, der seit Jahrzehnten zu den erfahrensten Funktionären des parteiunabhängigen Neonazispektrums gehört und wegen Volksverhetzung, Aufstachelung zum Rassenhass und Verunglimpfung des Staates bereits fünfeinhalb Jahre in Haft saß. Neben Christian Worch ging die Neugründung vor allem von ehemaligen Mitgliedern der rechtsextremen Deutschen Volksunion (DVU) aus, die einen Zusammenschluss ihrer Partei mit der NPD abgelehnt hatten. So wurde die ehemalige schleswig-holsteinische DVU-Vorsitzende Ingeborg Loboocki zur stellvertretenden Parteivorsitzenden gewählt und mit Martin Ziegler wurde ein weiteres ehemaliges DVU-Vorstandsmitglied zum Beisitzer. Auf der Website der Partei heißt es, dass diese „nicht unwesentlich auf den Trümmern der DVU aufbaut“. Große Teile des Parteiprogramms wurden so nur leicht verändert von der DVU übernommen. Die Partei will laut einem Christian Worch zuzuordnenden Artikel Wähler rechts von den Unionsparteien ansprechen und definiert sich als „weniger radikal als die NPD“, jedoch „radikaler als die Republikaner und die PRO-Bewegung“. Christian Worch möchte dabei insbesondere „patriotisch bis nationalistisch gesinnte Aktivisten“, die bislang nicht parteipolitisch engagiert waren, für DIE RECHTE gewinnen – gemeint sind offenbar Mitglieder von nationalsozialistischen Kameradschaften (www.kas.de/wf/doc/kas_31869-544-1-30.pdf?120816161021).

Dies scheint zumindest in Nordrhein-Westfalen geglückt zu sein. Dort gründete sich am 15. September 2012 in Dortmund ein Landesverband der Partei DIE RECHTE. Mehrere Vorstandsmitglieder des Landesverbandes gehörten zuvor vom nordrhein-westfälischen Innenministerium verbotenen Nazikameradschaften an. So wurde mit Dennis Giemsch der ehemalige Führungskader des am 23. August 2012 wegen seiner Wesensverwandtschaft zum Nationalsozialismus und zur SA verbotenen „Nationalen Widerstands Dortmund“ zum Vorsitzenden des Landesverbands DIE RECHTE gewählt. Vizechef wurde Sascha Krolzig, der zuvor die ebenfalls verbotene „Kameradschaft Hamm“ leitete (www1.wdr.de/themen/politik/sp_rechtsextremismus/dierechte100.html).

Der Hamburger Verfassungsschutz mutmaßt in seinem Bericht für das Jahr 2011, dass es ein strategisches Interesse von Christian Worch gebe, DIE RECHTE im Falle eines NPD-Verbots als politisches Auffangbecken unter seiner Führung zu nutzen.

1. Welche verfassungsschutzrelevanten Erkenntnisse hat die Bundesregierung über die Partei DIE RECHTE?

Nach Kenntnis der Bundesregierung wurde die Partei DIE RECHTE von ehemaligen Angehörigen der „Deutschen Volksunion“ (DVU) gegründet. Maßgeblicher Aktivist ist der Bundesvorsitzende Christian Worch.

2. Welche Aktivitäten der Partei DIE RECHTE sind der Bundesregierung seit Gründung der Partei bekannt geworden?
3. Wie viele und welche Veröffentlichungen (Internet, Flugblätter, Broschüren, Zeitungen etc.) der Partei DIE RECHTE sind der Bundesregierung bekannt?

Nach Kenntnis der Bundesregierung werden auf der Internetpräsenz der Partei www.die-rechte.com regelmäßig Artikel zu tagespolitischen Themen veröffentlicht.

So wurden das Flugblatt „Deutsche Zukunft erhalten“ sowie eine EU-kritische Antwortpostkarte „Die Macht Europas wird oftmals unterschätzt – Für ein Europa der Vaterländer“ zum Download angeboten.

Am 16. Oktober 2012 fanden Flugblattverteilungen des LV-NW in Dortmund-Dorstfeld und Dortmund-Loh gegen ein Asylbewerberwohnheim und zur Vorstellung der politischen Ziele der Partei DIE RECHTE statt.

Des Weiteren wird der organisatorische Aufbau der Partei betrieben. Dazu zählen insbesondere die Veranstaltung von zwei Bundesparteitagen und die Gründung des Landesverbandes Landesverband Nordrhein-Westfalen (LV-NW) am 15. September 2012.

4. Welche programmatischen Schwerpunkte der Partei DIE RECHTE sind der Bundesregierung bekannt?

Nach Kenntnis der Bundesregierung fordert „DIE RECHTE“ u. a.:

- Aufhebung der Duldung von Ausländern,
- Ausweisung krimineller Ausländer,
- Kindergeld nur an deutsche Staatsangehörige und EU-Bürger,
- keine rechtliche Gleichstellung von gleichgeschlechtlichen Beziehungen mit der klassischen Familie,
- keinen Islamunterricht,
- Verbot des Schächtens von Tieren,
- Volksbegehren und Volksentscheide auf Bundes-, Landes- und Gemeindeebene,
- Direktwahl des Bundespräsidenten und der Bundesverfassungsrichter

5. Welche Kenntnisse über die finanziellen Quellen der Partei DIE RECHTE hat die Bundesregierung?

Nach Kenntnis der Bundesregierung beträgt der Mitgliedsbeitrag 5 Euro pro Person und Monat. Darüber hinausgehende Informationen zu finanziellen Quellen der Partei liegen der Bundesregierung nicht vor.

6. Hat nach Kenntnis der Bundesregierung inzwischen ein zweiter Parteitag der Partei DIE RECHTE stattgefunden, und wenn ja, wann und wo?

Nach Kenntnis der Bundesregierung fand am 13. Oktober 2012 in Ludwigshafen der zweite Bundesparteitag statt.

7. Inwieweit ist die Partei DIE RECHTE inzwischen beim Bundeswahlleiter registriert?
8. Welchen Nachbesserungsbedarf sieht der Bundeswahlleiter konkret bezüglich der eingesandten Parteiunterlagen?

DIE RECHTE hat mit Schreiben vom 30. Mai 2012 Unterlagen gemäß § 6 Absatz 3 des Parteiengesetzes (PartG) beim Bundeswahlleiter eingereicht. Dieser prüft die Vollständigkeit der Angaben nach Maßgabe § 6 PartG. Eine Registrierung im weitergehenden Sinne ist damit nicht verbunden. Nach Prüfung der Unterlagen wurde DIE RECHTE mit Schreiben des Bundeswahlleiters vom 30. Juli 2012 auf Mängel in ihrer Satzung hingewiesen, die einer Aufnahme in die Unterlagensammlung entgegenstehen. Mit Schreiben vom 2. Oktober 2012 hat DIE RECHTE gegenüber dem Bundeswahlleiter angekündigt, auf einem Bundesparteitag am 13. Oktober 2012 Satzungsänderungen vorzunehmen.

9. Welche und wie viele Funktionsträger der Partei DIE RECHTE gehörten nach Kenntnis der Bundesregierung zuvor anderen rechtsextremen oder rechtspopulistischen Vereinigungen oder Parteien
 - a) der DVU,
 - b) der NPD,
 - c) der PRO-Bewegung,
 - d) Freien Kameradschaften bzw. Autonomen Nationalisten und
 - e) sonstigen rechtsextremen Vereinigungen an (bitte benennen)?

Nach Kenntnis der Bundesregierung war der Parteivorsitzende Christian Worch in der Vergangenheit Mitglied mehrerer inzwischen verbotener neonazistischer Organisationen. Die stellvertretende Bundesvorsitzende und Schatzmeisterin der Partei, Ingeborg Loboeki, und der Beisitzer im Bundesvorstand Martin Ziegler, waren zuvor DVU-Mitglieder (Loboeki als DVU-Landesvorsitzende in Schleswig-Holstein).

Der Landesvorsitzende des LV-NW, Dennis Giemsch, war Angehöriger des Nationalen Widerstand Dortmund. Der stellvertretende Landesvorsitzende des LV-NW, Michael Brück, war ebenfalls Angehöriger des Nationalen Widerstand Dortmund sowie der „Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e. V.“ (HNG). Sascha Krolzig, ebenfalls stellvertretender Landesvorsitzender des LV-NW war Angehöriger der Kameradschaft Hamm und des Nationalen Widerstand Dortmund.

10. Wie viele und welche Landesverbände der Partei DIE RECHTE mit wie vielen Mitgliedern existieren nach Kenntnis der Bundesregierung, wo sind weitere Gründungsversammlungen in Planung oder bereits eingeladen?

Hierzu sind der Bundesregierung bislang lediglich der LV-NW mit den Internetpräsenzen:

www.dortmundecho.org,

www.Dortmunds-Rechte.com und

www.facebook.com/dierechtedortmund/

bekannt.

11. Wie hoch schätzt die Bundesregierung das gegenwärtige Personenpotential der Partei DIE RECHTE insgesamt ein?

Gegenwärtig schätzt die Bundesregierung, dass die Partei weniger als einhundert Mitglieder hat.

12. Welche und wie viele Mitglieder zuvor verbotener rechtsextremer Kameradschaften sind nach Kenntnis der Bundesregierung der Partei DIE RECHTE beigetreten bzw. besetzen dort führende Positionen?

Nach Einschätzung der Bundesregierung besteht ein erheblicher Teil der Mitglieder des LV-NW der Partei „Die Rechte“ aus ehemaligen Angehörigen verbotener Kameradschaften. Auf die Antwort zu Frage 9 wird verwiesen.

Darüber hinausgehende konkretisierende Angaben liegen der Bundesregierung nicht vor.

13. Inwieweit bestehen bei der Partei DIE RECHTE nach Kenntnis der Bundesregierung Überlegungen, die Partei im Falle eines NPD-Verbots als Auffangbecken ehemaliger NPD-Mitglieder zu nutzen?

Hierzu liegen der Bundesregierung keine Erkenntnisse vor.

14. Inwieweit bestehen bei der Partei DIE RECHTE nach Kenntnis der Bundesregierung Tendenzen, unter dem Schutz des Parteienprivilegs die Tätigkeit verbotener Neonazi-Kameradschaften fortzuführen?

Auf die Antworten zu den Fragen 9 und 12 wird verwiesen. Der Bundesregierung sind keine konkreten Tendenzen der Partei DIE RECHTE bekannt, die Tätigkeit verbotener Vereine fortzuführen.